

Rede zum Haushalt 2010 – Frank Heinze

Erzwungener Sparkurs für Schulden, die andere zu verantworten haben

Die kommunale Schuldenkrise ist – bei allen örtlichen Fehlentwicklungen, die zweifellos auch eine Rolle spielen – aber nicht in erster Linie hausgemacht. Es ist vor allem die langjährige strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene, die bei über 90 % ihrer Aktivitäten Bundes- und Landesgesetze umsetzen muss. Infolgedessen wurde auch das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung weitgehend ausgehöhlt. Die desolate Finanzlage in Erlangen ist ohne die Entscheidungen, die im Maximilianeum oder Reichstag fallen, nur die halbe Wahrheit. Die gleichen Parteien, die hier vor Ort die schlechte Finanzausstattung der Kommune bedauern, sorgen auf Landes- und Bundesebene genau für diese Entscheidungen, die zu dieser Misere führen.

Das faktische Verbot von „freiwilligen“, aber für die kommunale Bevölkerung sinnvollen Leistungen, ist denn auch verfassungswidrig. Zum einen darf man nicht dem Märchen aufsitzen, das „freiwillige Leistungen“ (wie z.B. Kulturausgaben und Jugendzentren) durchgängig mit verzichtbarem Luxus gleichsetzt. Zum zweiten führt dieses faktische Verbot nämlich dazu, dass die Kommunen noch mehr als bisher zu reinen Vollstreckern zentralstaatlicher Aufgaben degradiert werden, nachdem sie über lange Jahre in die Schuldenfalle getrieben worden sind. Das repressive Einschreiten der Kommunalaufsicht ist dementsprechend Ausdruck der Hilflosigkeit und der falsche Weg. Ein weiterer – auch verfassungsrechtlich negativer – Aspekt ist die wachsende Ungleichheit der Lebensbedingungen in armen und besser gestellten Kommunen und Regionen.

Aufgrund der miserablen Haushaltslage der Stadt Erlangen (die im übrigen seit vielen Jahren von einem CSU-OBM und

einer schwarz/gelben Stadtratsmehrheit beherrscht wird), soll die Stadt nach Wunsch des Finanzreferenten nun ihre Wertgegenstände verhökern. Da damit lediglich Einmalerlöse generiert werden ohne die grundsätzliche Unterfinanzierung der Kommunen anzugehen ist mittelfristig mit einem Ausverkauf der Stadt zu rechnen. "Jetzt war es der Kulturtreff in der Helmstrasse und das alte Brucker Rathaus, was wird als nächstes verkauft? Die Stadtwerke?"

Wir sagen weiter, dass in einem Haushalt, der kein Geld mehr für freiwillige Ausgaben wie Soziales, Kultur, Sport und Jugendarbeit habe, der politische Handlungsspielraum gegen Null gehe. "Wozu brauchen wir dann noch einen Stadtrat? Den können wir dann auch gleich mit einsparen." Wir sehen keine Einsparungsmöglichkeiten, ohne die Dienste für die Bürger weiter zu schmälern oder Tafelsilber zu verkaufen. Aber was einmal verkauft wurde, ist weg. Die Finanzierungsproblematik holt uns 2011 allerdings wieder ein, man muss kein Prophet sein, um das vorauszusagen.

SPD, CSU und FDP wollen allerdings die Politiker beim Sparen aussen vor lassen.

Unser Antrag zur "Kürzung Geschäftsführungszuschuss der Fraktionen um 10% " wurde ohne Diskussion gegen die Stimmen von uns, ÖDP und GL abgelehnt. Das wären Einsparungen von immerhin 13.000€/Jahr, hochgerechnet auf die nächsten 4 Jahre fast 50.000€ gewesen! Aber offenbar ist ausreichend Geld da, so dass wenigstens die großen Fraktionen und die FDP nicht am Hungertuch nagen müssen. Im Gegensatz zu den Ämtern und BürgerInnen. Sparen auf Kosten anderer, das nenne ich Verantwortung! Stichwort Gewerbesteuererhöhung: Sie können nicht mehr umhin. CSU und FDP stimmen endlich der Erhöhung der Gewerbesteuer zu. Ein längst überfälliger Schritt, insbesondere, um dem ruinösen Dumpingwettkampf der

Gemeinden untereinander endlich einen Riegel vorzuschieben. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen, vielleicht können wir uns auch zukünftig jede Diskussion darüber sparen, wenn sich schwarz/gelb mit der Abschaffung der Gewerbesteuer durchsetzt. Dann Gute Nacht Kommunen.

Es wurde auch unser Antrag zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt besprochen. Die Kämmerei äusserte sich inhaltlich nicht ablehnend, sieht z.Zt. wegen der angespannten Personalsituation im Hinblick auf die Umstellung auf den doppischen Haushalt keine freien Valenzen. Wir werden auf jedem Fall an diesem wichtigen Thema dranbleiben. Das wird einer unserer Schwerpunkte der nächsten zwei Jahre.

Wir sollten heute als Stadtrat auch noch den Sozialbericht für die Stadt Erlangen zur Kenntnis nehmen. Dieser Bericht birgt soviel sozialen Zündstoff, dass sich schon alleine beim Lesen die Haare zu Berg stellen. Sich diesen Herausforderungen im sozialen Bereich zu stellen, wird uns, so sind wir als Fraktion überzeugt, hier im Stadtrat die nächsten Jahre beschäftigen, neben der Finanzausstattung. Vor diesem Hintergrund brauchen wir erstens und dringend ein umfassendes Entschuldungsprogramm für die kommunale Ebene. Dieses muss sowohl die Altschulden als auch Sicherungen gegen eine erneute Schuldenfalle umfassen.

Wenn wir in der Lage sind, für systemrelevante Banken „Bad Banks“ aufzubauen, dann können wir auch für Kommunen eine Art „Bad Bank“ schaffen. Unsere Forderung ist daher: Die Landesbank übernimmt für fünf Jahre die Altschulden der Kommunen, und das Land kommt für die Zinsen auf. Dann können die Gemeinden wieder investieren. Das werden wir mit einem entsprechendem Antrag auch in die Diskussion einbringen. Die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene muss durch eine umfassende staatliche Finanzreform, eine

Neuaufteilung des Steueraufkommens und weitreichende Mitbestimmungsrechte gegenüber den übergeordneten staatlichen Ebenen wiederhergestellt und gesichert werden. Die Gewerbesteuer muss in eine Gemeindewirtschaftsteuer umgewandelt werden, in der Steuerpflicht für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen und alle selbstständig ausgeübten Tätigkeiten besteht. Die Grundsteuer muss als eine wichtige kommunale Einnahme erhalten und in Richtung einer ökologisch orientierten Flächennutzungssteuer ausgestaltet werden. Die Steuergerechtigkeit muss durch konsequente Verfolgung der Wirtschaftskriminalität wieder hergestellt werden, der Wettlauf um die niedrigste Gewerbesteuer werden.

Wir brauchen zweitens ein umfassendes Konjunkturprogramm, das vor allem die kommunale Ebene und die öffentliche Infrastruktur stärkt. Dazu gehören die Entkoppelung von Fördergeldern von finanziellen Eigenbeiträgen für arme Kommunen Programme, die die Ausweitung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fördern und die sog. 1-Euro-Jobs beenden; Qualitäts- und Zielkriterien für die öffentliche Infrastruktur (v.a. die energetische Sanierung; Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger; die Sanierung und der Ausbau von Bildungseinrichtungen). Was Banken und Konzernen – ohne harte Auflagen, ohne strukturelle Veränderungen und mit zweifelhaften Erfolgsaussichten zugeschanzt wird, darf der kommunalen Ebene nicht verweigert werden. Die kommunalen Aktivitäten und die öffentliche Daseinsvorsorge sind für die Bevölkerung lebensnotwendig. Sie haben für uns absoluten Vorrang.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen um mich, auch im Namen meiner geschätzten Kollegin Claudia Bittner und meines Kollegen Eckart Wangerin, bei der Verwaltung und allen Mitarbeitern dieses Hauses für die gute Zusammenarbeit zu bedanken.